

BERICHT

über die

63. Tagung des Statistischen Beirats

am 29. Juni 2016

in Wiesbaden

Bericht
über die 63. Tagung des Statistischen Beirats
am 29. Juni 2016

Vorsitz

Dieter Sarreither Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Für die Verbände und Organisationen

Solveigh Jäger	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Berlin
Dr. Ulrike Beland	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Berlin
Moritz Melchior	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA), Berlin
Thomas Herkner	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW), Berlin
Peter Hohlfeld	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf
Dr. Christel Degen	DGB-Bundesvorstand, Berlin
Thilo Börner	ver.di Bundesvorstand, Berlin
Prof. Dr. Thomas K. Bauer	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen
Prof. Dr. Claus Weihs	Technische Universität Dortmund
Wolf-Eckhard Wormser	Kanzler der Universität Dresden a. D.

Für die Bundesministerien und Bundesbehörden

Dr. Christhart Bork	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi),
Hans-Jürgen Stubig Gabriele Simons	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Dr. Doris Busenkell	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Iris Quander	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Paul Klinkhammer	Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
Heidrun Reuter	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)
Dr. Florian Kammerer	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Dr. Alexandra Blanke	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Robert Kirchner	Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main
Peter Büttgen	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), Bonn

Für die Statistischen Ämter der Länder

Dr. Carmina Brenner	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart
Marion Frisch	Bayerisches Landesamt für Statistik, München
Hartmut Bömermann	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berlin und Potsdam (zugleich Verband Deutscher Städtestatistiker, VDSt)
Renate Cohrs	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg
Dr. Christel Figgner	Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden
Thomas Senftleben	Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover
Hans-Josef Fischer	Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Düsseldorf
Jörg Berres	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems
Burghard Müller	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz
Michael Reichelt	Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle/Saale

Für Eurostat

Dr. Joachim Recktenwald	Statistisches Amt der Europäischen Union, Luxemburg
-------------------------	---

Gäste

Dr. Werner Nickel	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Wiesbaden
Rüdiger Heß	dbb - beamtenbund und tarifunion, Berlin
Ursula Dziambor	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V., Köln
Dr. Kai van de Loo	Statistik der Kohlenwirtschaft e. V., Herne
Prof. Dr. Ralf Münnich	Deutsche Statistische Gesellschaft, Frankfurt/Oder

Weitere Teilnehmende vom Statistischen Bundesamt

Jürgen Chlumsky, Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Prof. Dr. Manfred Ehling, Irmtraud Beuerlein, Peter Schmidt, Angela Schaff, Marion Engelter, Mathias Meisenheimer, Thomas Wöll, Heike Kreuzberger.

Zeitweise: Kay Sommer, Miriam Blumers, Stephan Lüken, Stefan Dittrich, Anette Stuckemeier, Stefan Brings, Norbert Schwarz, Ilda Duarte Fernandes, Michael Kuhn, Hubert Vorholt.

Inhalt	Seite
Begrüßung	6
TOP 1a Novelle Bundesstatistikgesetz (BStatG) – die wichtigsten Regelungen	6
TOP 1b Neue Geschäftsordnung des Statistischen Beirats	8
TOP 2 Nationale Nachhaltigkeitsindikatoren	9
Verleihung des Innovationspreises 2016	11
TOP 3 Bevölkerungsstatistik im Ausnahmejahr 2015	12
TOP 4 Zensus: Gestern, Morgen, Übermorgen	13
TOP 5 Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken	15
TOP 6 Novelle Hochschulstatistikgesetz	16
TOP 7 Umfang und Wert der unbezahlten Arbeit in Deutschland	17
TOP 8 Entwicklungen in der Unternehmensstatistik	18
TOP 9 Europäische Weiterentwicklung der Außenhandelsstatistik	20
TOP 10 Neue Anforderungen an die Holzpreisstatistik aus der energetischen Verwendung	21
TOP 11 Arbeiten der Fachausschüsse und Nutzerworkshops – Rückblick und Vorschau	22
TOP 12 Sachstandsberichte	22

Begrüßung

Präsident Sarreither heißt die Teilnehmenden willkommen, stellt die neuen Mitglieder vor und informiert über personelle Änderungen an der Spitze der Statistischen Ämter der Länder: Seit der Sitzung 2015 hat Burkhard Müller die Leitung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen übernommen; Renate Cohrs wurde zum Vorstand des Statistikamtes Nord (Hamburg/Schleswig-Holstein) bestellt.

Präsident Sarreither würdigt die Rolle des Statistischen Beirats als Ratgeber mit breiter Expertise. Viele vom Beirat angeregte Projekte seien mit etwas zeitlichem Abstand Wirklichkeit geworden.

Querschnittsthemen

TOP 1a Novelle Bundesstatistikgesetz (BStatG) – die wichtigsten Regelungen

Präsident Sarreither blickt kurz auf die intensive Vorarbeit zur Gesetzesnovelle durch den Beirat zurück. Er dankt jenen Beiratsmitgliedern, die seit 2011 mitgeholfen haben, entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten.

Der Gesetzentwurf wurde am 17. Juni vom Bundesrat abschließend beschlossen, die Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes stehen zur Zeit der Sitzung noch aus.

Marion Engelter, Leiterin der Gruppe B 1 „Planung und nationale Koordinierung, Rechtsfragen der Statistik“, stellt die Änderungen im Einzelnen entlang der vorgelegten Unterlage vor, darunter:

- die Möglichkeit der Ergänzung von Bundesstatistiken hinsichtlich der Merkmale und des Kreises der zu Befragenden durch Rechtsverordnungen der Bundesregierung in § 5 BStatG,
- die Flexibilisierung der Voraussetzungen für „Erhebungen für besondere Zwecke“ nach § 7 BStatG,
- die Möglichkeit der Verknüpfung von Daten aus Bundesstatistiken mit Daten aus Statistiken der Deutschen Bundesbank in § 13a BStatG,
- die Regelungen zur verbesserten Nutzung von Verwaltungsdaten im neuen § 5a BStatG,
- die übersichtlicher gefassten Regelungen zum statistischen Unternehmensregister (Statistikregister) und die Neuaufnahme einer Regelung zum Anschriftenregister in § 13 BStatG,
- die Erlaubnis, der Wissenschaft innerhalb speziell abgesicherter Bereiche der statistischen Ämter (Forschungsdatenzentren, Gastwissenschaftlerarbeitsplätze) Zugang zu formal anonymisierten Einzelangaben (Einzelangaben ohne Name und Anschrift) zu ge-

währen (bisher nur Zugang zu faktisch anonymisierten Einzelangaben) in § 16 Absatz 6 BStatG.

Präsident Sarreither ergänzt den Vortrag mit dem Hinweis auf den Bezug vieler Änderungen zu den Empfehlungen des Beirats aus der Jahrestagung 2012, die in der Unterlage zu diesem Tagesordnungspunkt vermerkt sind.

Solveigh Jäger (BDI) begrüßt die Novelle grundsätzlich als Beitrag zur Modernisierung der Statistik, besonders die Möglichkeit, das Instrument der Rechtsverordnung der Bundesregierung flexibler einsetzen zu können. Sie äußert Interesse des BDI an Ergebnissen aus der nun möglichen Verknüpfung von Statistikdaten aus Bundesstatistiken mit jenen der Bundesbank, etwa über die Aktivität deutscher Unternehmen im Ausland. Bedauernd äußert sie sich über die überraschende Änderung der Regelungen zum Beirat in § 4 BStatG, die ihrer Ansicht nach schon in der Beiratstagung 2015 hätte diskutiert werden können. Dieser Mangel an Austausch während des Gesetzgebungsverfahrens gilt ihres Erachtens für das Zustandekommen der Novelle im Ganzen. Für künftige Überarbeitungen des Rechtsrahmens, die weiter nötig seien, hofft sie auf eine intensivere Beteiligung des Beirates.

Dr. Christel Degen (DGB-Bundesvorstand) schließt sich dem an. Sie erinnert an die Bitte des Beirats aus der Tagung 2014, in die Novellierung des BStatG einbezogen zu werden. Umso überraschender sei es, dass Änderungen, die den Beirat selbst betreffen, ohne Anhörung des Beirats in den Entwurf eingeflossen seien. Es stelle sich die Frage, wie vor allem das Bundesministerium des Innern zur Arbeit des Beirats stehe und welchen Wert es ihr beimesse.

Thomas Herkner (BDEW) äußert ebenfalls fehlendes Verständnis für das Vorgehen und bedauert den Umstand, trotz Zusicherung in der Beiratstagung 2015 nie den aktuellen Stand des Gesetzesentwurfs erhalten zu haben. Zum Inhalt des BStatG bemerkt er das Fehlen von Aussagen zur flexibleren Festlegung von Merkmalen, wie sie der Beirat 2012 als Empfehlung Nr. 14 ausgesprochen hatte. Herr Herkner befürchtet, dass sich dies auf das laufende Gesetzgebungsverfahren zum Energiestatistikgesetz (EnStatG) auswirken werde. Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B „Strategie und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass einige Beiratsempfehlungen nicht Gegenstand des Bundesstatistikgesetzes waren und teilweise künftig bei Einzelstatistikgesetzen zu berücksichtigen seien.

Robert Kirchner begrüßt im Namen der Bundesbank das neue BStatG. Vor allem unter dem Aspekt der Flexibilisierung stimme die Richtung. Er lobt die „Spiegelung“ des Verhältnisses zwischen dem System der Zentralbanken und dem System der amtlichen Statistik von der europäischen in die Bundesgesetzgebung und erhofft sich davon eine maßgebliche Erleichterung europäischer Statistik-Initiativen.

Präsident Jörg Berres (StLA Rheinland-Pfalz) weist auf die vom Bundesrat parallel zum Beschluss des BStatG gefasste EntschlieÙung ([BR-Drs. 256/16](#)) hin. Darin begrüÙt der Bundesrat den Gesetzentwurf als Beitrag zur Modernisierung der Bundesstatistik und fordert bei der Ausführung ein offenes und partnerschaftliches Zusammenwirken von Bund und Ländern unter Beachtung der föderalen Struktur der amtlichen Statistik.

Präsident Sarreither unterstreicht, dass nach seiner Auffassung die fachliche Expertise des Beirats keinesfalls in Frage stehe und bittet die Mitglieder des Beirats um Verständnis auch für Unzulänglichkeiten, die das gewählte Verfahren gehabt haben mag. Er sichert für die Beiratstagung 2017 zu, die für Statistik zuständige Abteilungsleitung im BMI zum Gespräch über das Verhältnis zwischen Ministerium und Beirat zu gewinnen.

TOP 1b Neue Geschäftsordnung des Statistischen Beirats

Präsident Sarreither betont den Entwurfscharakter der vorab versandten neuen Geschäftsordnung (GO) und die Möglichkeit, im Wege der Abstimmung des Protokolls weitere Anregungen zu geben.

Diskutiert wird zunächst über das Verhältnis der „Mitglieder“ zu den „Gästen“ des Beirats und den künftigen Status der heutigen „Gastmitglieder“ (deren Stellung auch in der geltenden GO nicht geregelt ist).

Eine entsprechende Frage von Dr. Kai van de Loo (Kohlenwirtschaft) beantwortet Präsident Sarreither mit der Zusicherung, dass Möglichkeiten der Mitwirkung auch für die heutigen Gastmitglieder bestehen bleiben sollen. Auch Dr. Werner Nickel (KMK) bemerkt, dass die Neugestaltung des Beirats vor dem Hintergrund seiner eventuellen Verschlinkung und der Sicherheit der Teilnahme der Gastmitglieder eine Aussage zur Fortbehandlung der Gastmitglieder in der GO nahelegt. Peter Büttgen (BfDI) plädiert ebenfalls für eine transparente Regelung und äußerte seinen Eindruck, dass der Entwurf das persönliche Element bei den Mitgliedern zu stark betone. Bisher habe nach seinem Eindruck die vorschlagende Institution im Mittelpunkt gestanden. Prof. Ralf Münnich (Universität Trier) bekundet als „Gastmitglied“ in Vertretung der Deutschen Statistischen Gesellschaft sein Interesse, im Beirat zu bleiben.

Solveigh Jäger (BDI) zeigt sich unzufrieden mit dem Zustand, dass der Beirat nicht (mehr) selbst über seine GO entscheiden kann. Sie wünscht den Fortbestand der Regelung aus § 7 der geltenden GO (Änderungen der GO mit Zweidrittelmehrheit möglich).

Frau Jäger spricht auch die Rolle der Bundesministerien an. Sie fragt, wie künftig sichergestellt werden solle, dass auch die Entscheidungsträger aus den Ministerien an den Beiratssitzungen teilnehmen und dass sie im Beirat mitarbeiten.

Prof. Thomas Bauer (RWI Essen) regt an, die vorgesehene Amtsperiode des Vorsitzes der Stetigkeit halber auf mehrere Jahre auszudehnen und einen stellvertretenden Vorsitz vorzusehen. Auch sollte geregelt werden, wie oft der Vorsitz wiedergewählt werden kann. Sibylle von Oppeln-Bronikowski gibt in dieser Hinsicht zu bedenken, dass durch eine kürzere Amtsperiode die Hürde für dieses freiwillige Engagement möglichst niedrig gehalten werden sollte.

Auf Nachfrage von Thomas Herkner (BDEW) stellt Präsident Sarreither klar, dass sich der Beirat mit dem Inkrafttreten der künftigen GO neu konstituieren wird. Für das Vorschlags- und Berufungsprozedere der bestehenden Mitglieder könnte der Einfachheit halber eine Übergangsregelung gefunden werden. Außerdem regt Herr Herkner an, das Mandat des Beirats ungeachtet der anderslautenden Formulierung in § 4 Absatz 1 BStatG wieder auf „Grundsatzfragen“ auszudehnen.

Die Frage von Prof. Claus Weihs (TU Dortmund) nach der Nicht-Erwähnung eines Fachausschusses für Hochschulstatistik im GO-Entwurf kann Dr. Nickel dahingehend beantworten, dass der bestehende „Ausschuss für die Hochschulstatistik“ vom Hochschulstatistikgesetz (§ 12) eingesetzt ist und damit kein Unter-Gremium des Beirats darstellt. In diesem Zusammenhang fragt auch Dr. Ulrike Beland (DIHK), ob in der GO nicht auch etwas zur Besetzung der Fachausschüsse und Facharbeitskreise stehen müsse. Peter Büttgen sieht in der Aufgabenstellung der Fachausschüsse ein Indiz dafür, die Aufgabe des Beirats doch tendenziell weiter zu fassen als nur die „Beratung in Fachfragen“.

Robert Kirchner (Bundesbank) äußert als ersten Eindruck, dass es sinnvoll scheine, vor dem Hintergrund der EU-Entwicklung den Blickwinkel des Beirats stärker in Richtung Nutzersicht zu wenden. Ihm sei aber noch nicht klar, was das für die Doppelrolle der Industrievertreter als Nutzer und Vertreter der Befragten (Unternehmen) bedeutet. Die Bundesbank sehe sich im Beirat jedenfalls eher in der Nutzerrolle als in der eines Produzenten.

TOP 2 Nationale Nachhaltigkeitsindikatoren

Miriam Blumers, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat G 205 „Monetäre umweltökonomische Gesamtrechnungen, Materialflussrechnungen, Nachhaltigkeitsindikatoren“, zitiert eingangs die Umschreibung der Bundeskanzlerin für Nachhaltigkeit: „enkeltaugliche Politik“. Sie stellt, ausgehend von der globalen Nachhaltigkeitsstrategie der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, UN-SDG), den Entwurf der neuen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor, die gerade mit der globalen Strategie abgestimmt wurde.

Die UN haben zur Messung ihrer 17 Ziele (goals) und 169 Unterziele (targets) in einem „initial framework“ 231 Indikatoren vorgesehen. Einige davon sind nicht auf Deutschland anwendbar, zu knapp 200 ist eine statistische Berichterstattung vorgesehen. Diese Berichterstattung soll drei-

stufig laufen: Statistikämter und andere Behörden in den Mitgliedstaaten erheben die Daten. Die „Custodian Agencies“ (u. a. IWF, Weltbank) berechnen dann die Indikatoren, die schließlich von der UN-Statistikabteilung zusammengestellt werden. Das Statistische Bundesamt kann nahezu für die Hälfte der SDG-Indikatoren Daten aus eigenen sowie anderen amtlichen Quellen liefern.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie umfasst 37 „Postulate“, die durch etwa 60 Indikatoren unterfüttert sind. Einige davon sind neu und müssen erst berechnet werden, etwa die „Gesamtrohstoffproduktivität“. Über die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie wird das Statistische Bundesamt – wie schon bisher – alle zwei Jahre anhand der Indikatoren berichten. Der Kabinettsbeschluss über die Nachhaltigkeitsstrategie ist erst gegen Ende des Jahres vorgesehen, seit Vorstellung des Entwurfs am 31. Mai läuft eine Öffentlichkeitsbeteiligung.

Prof. Ralf Münnich (Universität Trier) äußert sich vorsichtig angesichts des Zustandekommens sehr großer Datensätze, die anspruchsvoll zu handhaben seien. Noch mehr Skepsis sei angebracht angesichts zusammengesetzter Indikatoren. Zu diesen seien aufschlussreiche Qualitätsberichte nötig, wenn man sie international vergleichen wolle.

Präsident Sarreither weist auf die Mitgliedschaft des Statistischen Bundesamtes und seine Arbeit in der Inter-Agency Expert Group hin. Er teilt den Hinweis, dass Indikatoren sensibel sind. Deutschland müsse aber akzeptieren, in der Abstimmung dieser Indikatoren eine Stimme unter vielen zu sein.

Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B, spricht den Lieferweg der Daten als einen qualitätssichernden Faktor an. Das Statistische Bundesamt wolle den etablierten Weg über Eurostat nutzen. Parallel bestehe für die Nicht-EU-Länder des geografischen Europas noch der Weg über die UN-Wirtschaftskommission für Europa (UN-ECE).

Robert Kirchner (Bundesbank) ergänzt hierzu, dass auf internationaler Ebene im Zweifel der kleinste gemeinsame Nenner den „rettenden Strohhalm“ darstelle, von denen viele zu einem mehr oder minder belastbaren Bündel geschnürt werden müssten. Wo die Qualität unklar sei, werde der Beipackzettel umso wichtiger.

Hans-Josef Fischer (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) äußert seine Auffassung, dass man sich in den Bundesländern über den Einfluss der UN-SDG noch nicht überall im Klaren sei. Die Einheitlichkeit sei schwer herzustellen, dies habe vor Jahren das Beispiel der Sozialberichterstattung gezeigt. Die amtliche Statistik habe damals zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen Berichte beigetragen. Seine Frage nach Plänen des Statistischen Bundesamtes vor dem Hintergrund seiner Koordinierungsfunktion beantwortet Angela Schaff, die Leiterin der Abteilung G „Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel“, mit dem Hinweis auf die Koordination des Bundeskanzleramtes zwischen Bund und Ländern. Das Statistische Bundesamt nehme an den Bund-Länder-

Sitzungen teil, doch werde Nachhaltigkeit als politische Frage betrachtet, die auf den unterschiedlichen Ebenen mit zum Teil spezifischen Zielsetzungen verfolgt wird. Für die Zukunft lasse sich eine Konvergenz der unterschiedlichen Interessen absehen.

Dr. Joachim Recktenwald informiert darüber, dass die EU-Kommission derzeit die Umsetzung von ersten Maßnahmen zu den SDG diskutiere. Eurostat plane für das zweite Halbjahr 2016 eine Veröffentlichung von EU-Daten zu den SDG-Indikatoren.

Dr. Christel Degen (DGB-Bundesvorstand) begrüßt im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitsstrategien die neuen Daten zur Ungleichheit, an denen DGB und Europäischer Gewerkschaftsbund großes Interesse haben.

Verleihung des Innovationspreises 2016

Die Beiratstagung bildet auch den Rahmen für die Verleihung des Innovationspreises 2016. Der Innovationspreis für Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes geht dieses Jahr an Ilka Willand (B 306) zusammen mit Gabriele Bentele und Reinhard-Felix Blaik (beide B 306) für das Produkt „Endlos-Klappkarte“ mit Daten zu „25 Jahren Deutsche Einheit“. Auf einer etwa 15 mal 15 Zentimeter großen Karte, die durch eine besondere Faltung vielfach klappbar ist, sind Zahlen und Informationen zu den Lebensverhältnissen in West und Ost so dargestellt, dass sie sich spielerisch und visuell erschließen.

Den zweiten Platz belegt ein Team der Referate A 301 und A 304, beide aus der Gruppe A 3 „Bürokratiekostenmessung“ für das Projekt „Reisen durch die Behördenlandschaft“. Hier wurde ein abstrakter Vorgang, nämlich die von Gesetzes wegen nötigen Kontakte mit Stellen der öffentlichen Verwaltung in speziellen Lebenslagen, visualisiert und eine Art Flussdiagramm geschaffen, das besonders leicht nachvollziehbar ist.

Die Entscheidung über die Preisträgerinnen und Preisträger traf eine Jury aus Mitgliedern des Statistischen Beirats, nämlich Dr. Christel Degen (DGB-Bundesvorstand), Heidrun Reuter (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) und Prof. Dr. Joachim Wilde (Universität Osnabrück), der zu dieser Tagung leider verhindert ist. Für die Jury würdigen Frau Dr. Degen und Frau Reuter die Preisträgerinnen und Preisträger jeweils in einer kurzen Ansprache.

Dr. Christel Degen (DGB Bundesvorstand) betont den subjektiven Charakter der Juryentscheidung und die tragende Rolle von Prof. Dr. Joachim Wilde, der zur Preisverleihung nicht erscheinen konnte. Sie lobt das Projekt „Reisen durch die Behördenlandschaft“ als innovativen Ansatz: „Angesichts der vielfältigen bürokratischen Regelungen in Deutschland ist es für die Bürgerinnen und Bürger nahezu unmöglich zu durchschauen, in welchen Lebenslagen welche Handlungen mit welchen Behörden erforderlich sind. Die 'Behördenlandschaft' vermittelt diese Informationen in

einer anschaulichen und übersichtlichen Art und Weise. Die visuelle Umsetzung ist ansprechend und verständlich, die Gliederung nach Lebenslagen ermöglicht eine zielgerichtete 'Schneise im Behördendschungel'.“ Sie regt aus Sicht der Jury an, die darin enthaltene Information stetig aktuell zu halten. Außerdem sei mit Blick auf Einwanderer und Flüchtlinge eine Piktogrammdarstellung wünschenswert.

Heidrun Reuter würdigt das Projekt „Endlos-Klappkarte“ als ein – gerade im elektronischen Zeitalter – spannendes Medium und ein haptisches Vergnügen: „Die Vermittlung und Wahrnehmung statistischer Inhalte stellt in einer von digitaler Informationsvielfalt geprägten Gesellschaft eine besondere Herausforderung dar. Die Endlos-Klappkarte zur Feier '25 Jahre Deutsche Einheit' geht hier einen unkonventionellen Weg, indem sie die klassische Papierform nutzt, diese jedoch in einem ungewöhnlichen Format mit einer überraschenden Handhabung präsentiert. Durch das Format der Klappkarte werden zum einen wesentliche Informationen in kompakter und ansprechender Form angeboten. Zum anderen verleitet die motorisch-spielerische Entdeckung den Nutzer dazu, sich länger mit dem Medium und den darauf enthaltenen statistischen Informationen zu befassen und sie damit bewusster aufzunehmen. Schließlich wird durch den QR-Code eine Verbindung zum digitalen Angebot des Statistischen Bundesamtes hergestellt und der Nutzer damit zu einer weitergehenden Befassung mit statistischen Inhalten angeregt.“ Auch die inhaltliche Beschränkung habe ihren Reiz. In diesem Produkt zeige die Statistik ihr freundliches Gesicht.

Fachstatistische Themen, Bereich Soziales

TOP 3 Bevölkerungsstatistik im Ausnahmejahr 2015

Stephan Lüken, Leiter der Gruppe F 2 „Demografie, Wohnen, Migration und Integration, Arbeitsmarkt“, berichtet über Maßnahmen, die das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder seit Mitte 2015 eingeleitet haben, um aktuelle und verlässliche Zahlen über die Zuwanderung nach Deutschland bereitzustellen. Diese Maßnahmen umfassten zum einen eine Schnellschätzung der Außenwanderung in den laufenden Bevölkerungsstatistiken auf Basis der Daten der Meldeämter für die Wanderungsstatistik, zweitens eine bessere Erschließung des Ausländerzentralregisters und drittens den Aufbau einer Sonderseite zum Thema „Schutzsuchende“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes.

Die Schnellschätzung der Außenwanderung geschah abgestimmt zwischen dem Statistischen Bundesamt und allen Statistischen Ämtern der Länder, das am 21. März 2016 veröffentlichte Ergebnis wurde in den Medien als wichtiger Beitrag der amtlichen Statistik zur Klärung der Situation aufgenommen. Die weitere Berichterstattung hängt wesentlich vom weiteren Fortschritt der Implementierung der neuen Aufbereitungssoftware für die Laufenden Bevölkerungsstatistiken (BASIS+) ab.

Die Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR) zum Jahresende 2015 ergab, dass das AZR – ebenso wie die Wanderungsstatistik – tendenziell nicht vollständig war. Das Statistische Bundesamt wirkt beim Bundesministerium des Innern sowohl auf die Möglichkeit zusätzlicher Auswertungen des AZR für Zwecke der Ausländerstatistik hin als auch auf eine Änderung des AZR-Gesetzes, um weitere darin enthaltene Merkmale auswerten zu können.

Auf die zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung reagierte das Statistische Bundesamt Ende 2015 mit einer Sonderseite in seinem Internetauftritt, in der Begriffe erklärt und Datenquellen genannt werden.

Präsidentin Dr. Carmina Brenner (StLA Baden-Württemberg) erinnert daran, dass es unter den statistischen Ämtern umstritten war, ob sie sich auf eine Schnellschätzung einlassen sollten. Es bestanden einerseits Zweifel an der Datenqualität und andererseits eine dringende Nachfrage nach Daten einer kritischen Situation. Rückblickend sei die Schnellschätzung eine gute Sache gewesen.

Prof. Claus Weihs (TU Dortmund) findet die Übereinstimmung von Schätzung und finalem Wert „allzu beeindruckend“ und fragt nach dem Grund der Übereinstimmung. Herr Lüken erklärt mit Blick auf mögliche Untererfassungen von Schutzsuchenden in den Meldedaten, dass die Schätzung nicht auf eventuell vorhandene Abweichungen der vorliegenden Daten von der „Realität“ zielte, sondern auf die Differenz zwischen unplausibilisierten Rohdaten der Meldeämter und den endgültigen Meldedaten.

TOP 4 Zensus: Gestern, Morgen, Übermorgen

Präsident Sarreither erwähnt eingangs die Empfehlungen, die der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) wenige Tage vor der Beiratstagung ausgesprochen hatte und den darauf fußenden Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. Juni. Er betont auch, dass der Vergleich mit Modellen aus anderen Staaten immer unter dem Vorbehalt stehe, dass in Deutschland andere Voraussetzungen herrschen.

Stefan Dittrich, Leiter der Gruppe F 1 „Zensus“, stellt zu Anfang seines Vortrags fest, dass der Sommer 2016 etwa die Mitte zwischen zwei Zensusstichtagen markiert. Er gibt zu bedenken, dass die Verzahnung unterschiedlicher Erhebungsteile bei registergestützten Zählungen eine zwar andersartige, aber in ihrem Umfang genauso gewaltige Aufgabe ist wie die Organisation vieler tausender Erhebungsbeauftragten in früheren traditionellen Zählungen.

Trotz der Verzögerungen bei der Ergebnisbereitstellung habe der Zensus 2011 grundsätzlich funktioniert. Ein Mittel, um diese Verzögerungen künftig zu vermeiden, sind frühe Plausibilisierungen über die Erhebungsteile hinweg, um unplausible Daten früher erkennen zu können und eine bessere Organisation innerhalb der amtlichen Statistik.

Für den Zensus 2021 besteht im Wesentlichen der gleiche europäische Rechtsrahmen. Gleichwohl wird die Zählung aus den gemachten Erfahrungen heraus modifiziert werden. So sollen die Register der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr genutzt werden. Die durch das neue BStatG (TOP 1a) möglich gewordene Übernahme der für den Zensus 2011 zusammengestellten Anschriften in das neue Anschriftenregister erleichtert die Vorbereitung. Die Grobplanung, das „Rahmenwerk“ für den Zensus 2021, wurde 2015 abgeschlossen. Gesteigertes Augenmerk wird auf der Datenerhebung über das Internet liegen und auch auf besseren Korrekturverfahren in kleineren Gemeinden (z. B. 10-Prozent-Stichprobe auch dort). Das Zensusvorbereitungsgesetz, das die Lieferung von Daten der Melderegister an das Anschriftenregister regelt, soll noch 2016 verabschiedet werden.

Für die Volkszählungen von „Übermorgen“, also nach 2021, sind höhere Aktualitätsanforderungen absehbar. Schnellere Aufbereitung und kürzerer Turnus sollen den Berichtsverzug mindern. Dies scheint Eurostat wichtiger als ein größerer Merkmalskranz. Entscheidend dafür ist die Qualität der Melderegister. Stefan Dittrich gibt zu bedenken, dass die Vorbereitungen für eine Ertüchtigung der Melderegister schon jetzt beginnen sollten.

Die Diskussion konzentriert sich auf diese Register-Ertüchtigung. Prof. Thomas Bauer (RWI Essen) äußert sich als Mitglied des RatSWD zu dessen Empfehlungen. Er bezeichnet diese als Versuch der Wissenschaft, den Druck auf die zuständigen Ministerien zu erhöhen, die Voraussetzungen für auswertbare Melderegister jetzt endlich zu schaffen und bittet, die Anregungen des RatSWD konstruktiv aufzufassen.

Auf die Frage von Prof. Ralf Münnich (Universität Trier) präzisiert Herr Dittrich, dass die im neuen BStatG für das Anschriftenregister vorgesehene „Ordnungsnummer“ nur ein internes Datum (laufende Nummer) zur Pflege des Registers ist und nicht etwa ein Identifikator für einzelne Wohnungen, der es erlaubte, künftig etwa auch den Mikrozensus registergestützt zu erheben. Herr Dittrich rät dazu, auch weitere Datenquellen im Blick zu behalten. So werde die Grundsteuerverwaltung gerade reformiert. Daraus könne eine geeignete Quelle für die Gebäude- und Wohnungszählung erwachsen. Leider sei dieses Projekt so angelegt, dass die statistischen Ämter sich bisher kaum einbringen konnten.

Mit Blick auf das Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsgebot der öffentlichen Finanzen äußert Prof. Claus Weihs (TU Dortmund) abschließend Unverständnis über die Löschung der Daten des Adress- und Gebäuderegisters aus dem Zensus 2011, die absehbar wieder erhoben werden müssen.

TOP 5 Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken

Die in den Unternehmensstatistiken erkennbare Tendenz zur Integration betrifft zunehmend auch die Statistiken, die bei privaten Haushalten erhoben werden (Haushaltsstatistiken). Anette Stuckemeier, Leiterin der Gruppe H 3 „Haushalterhebungen“, stellt im Rahmen des Projekts zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken die europäischen und nationalen Anforderungen zur Verbesserung der Datenlage der Haushaltsstatistiken vor. Die geplante EU-Verordnung „Integrated European Social Statistics“ (IESS) enthält zusätzliche Anforderungen an die Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey, LFS), an die Erhebung „Leben in Europa“ (Survey on Income and Living Conditions, EU-SILC) sowie den Einschluss von Statistiken, für die es bisher keine EU-Rechtsgrundlage gibt (etwa den Household Budget Survey, in Deutschland repräsentiert durch die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ und die „Zeitverwendungserhebung“).

Neben der unterjährigen Wiederholungsbefragung im LFS und den tieferen regionalen Anforderungen an EU-SILC sind für beide Erhebungen kürzere Lieferfristen einzuhalten. Das Inkrafttreten der IESS-Verordnung ist für 2019 angestrebt.

In Deutschland ergibt sich Handlungsbedarf, weil das Mikrozensusgesetz die entsprechende Erhebung nur bis Ende 2016 regelt. Das neue Mikrozensusgesetz soll auch die Anforderungen der geplanten IESS-Verordnung berücksichtigen. Es basiert auf der konzeptionellen Weiterentwicklung des Mikrozensus und wird neben der gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführten Stichprobe LFS als weitere Erhebungsteile EU-SILC und die Erhebung über Informations- und Kommunikationstechnik in privaten Haushalten (IKT) einbinden. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht zwei Phasen vor, eine Übergangsphase ab 2017 auf Basis der bestehenden IT-Architektur und den völligen Systemumstieg mit neuer IT ab 2020. Fachlich stützt sich der „Mikrozensus 2020“ auf die Vorarbeiten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter der Länder, die 2012 begannen und die dem Statistischen Beirat in der Tagung 2013 (TOP 2) vorgestellt wurden.

Frau Stuckemeier schildert die wesentlichen Änderungen, die sich für den Mikrozensus, den LFS, EU-SILC und IKT ergeben.

Robert Kirchner (Bundesbank) begrüßt, dass im Falle der geplanten Verordnung über integrierte Haushaltsstatistiken die steigenden Qualitätsansprüche an die amtliche Statistik durch Genauigkeitsanforderungen und Stichprobenumfänge operabel gemacht werden sollen.

Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B, betont, dass Statistiken über private Haushalte zunehmend dem gleichen Qualitätsregime unterliegen wie Wirtschaftsstatistiken. Dies auch, weil unter anderem die Verteilung großer Geldsummen (EU-Regionalfonds) von den Ergebnissen dieser Sozialstatistiken abhängt.

Dr. Joachim Recktenwald (Eurostat) spricht den nötigen Kompromiss an, der bei LFS und EU-SILC zwischen den Anforderungen an Längs- und Querschnittsanalyse gefunden werden musste.

Peter Büttgen (BfDI) ergänzt, dass sich der Entwurf des Mikrozensusgesetzes 2020 derzeit in der Ausschussberatung des Bundesrates befinde. Die Beratung im Plenum des Bundesrates ist für den 8. Juli vorgesehen, die erste Lesung im Bundestag für den 22. oder 23. September, der zweite und letzte Durchgang im Bundesrat für den 16. Dezember 2016.

TOP 6 Novelle Hochschulstatistikgesetz

Anknüpfend an einen entsprechenden Tagesordnungspunkt in der Beiratstagung 2015 erläutert Stefan Brings, Leiter des Referats H 101 (Schul- und Hochschulstatistik), den Stand der Implementierung des novellierten Hochschulstatistikgesetzes (HStatG), das zum 1. März 2016 in Kraft getreten ist.

Abweichend vom Gesetzentwurf der Bundesregierung entschied der Bundestag, die zur Streichung vorgesehene Gasthörerstatistik vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und des Konzepts des lebenslangen Lernens doch fortzuführen und die Studierendendaten in der Verlaufsdatenbank erst nach 18 (statt 12) Jahren zu löschen sowie die erste Erhebung der neuen Merkmale zur Studierenden- und Prüfungsstatistik um ein Semester auf das Sommersemester 2017 zu verschieben. So wurde der Gesetzentwurf am 28. Januar 2016 vom Bundestag beschlossen. Für die (erweiterte) Personal-, Studierenden- und Prüfungsstatistik ist der Lieferdatensatz schon abgestimmt. Für die neue Promovierendenstatistik ist dies gerade im Gange.

Alle Phasen der Vorbereitung profitierten von einer hervorragenden Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik, dem Ausschuss für Hochschulstatistik, den Verbänden und Ministerien.

Prof. Claus Weihs (TU Dortmund) erneuert seinen Hinweis vom Vorjahr, dass eine Definition für „Promovierende“ fehle. Herr Brings verweist darauf, dass für die Promovierendenstatistik eine Definition vorgegeben werde. Diese stelle unter anderem auf das Vorliegen einer schriftlichen Betreuungsvereinbarung zwischen der Hochschule und dem Promovierenden ab, die das HStatG zur Voraussetzung für die statistische Erfassung mache. Eine schriftliche Betreuungsvereinbarung steht allerdings nach Ansicht von Prof. Weihs nicht in jedem Fall am Anfang des Promotionsvorhabens.

Prof. Ralf Münnich (Uni Trier) unterstützt die Ansicht seines Kollegen und fragt nach den Anforderungen der Statistik an den Inhalt der Promotionsordnungen, denn diese zu ändern sei zeitlich recht aufwändig. Herr Brings bestätigt, dass eventuell Promotionsordnungen angepasst werden müssen, um die Erhebung der Merkmale bei den Promovierenden durch die Hochschulen abzusichern, versichert aber, dass dies unter anderem über den Ausschuss für die Hochschulstatistik schon breit kommuniziert worden sei.

Wolf-Eckhard Wormser (Uni Dresden, a. D.) würdigt den Umstand, dass die Statistik erstmals eine übergreifende Definition der „Promotion“ geschaffen habe. Als offenes Petitum erachtet er eine ständige Erfassung der im Studienverlauf gesammelten ECTS¹-Punkte statt dem Ausweis dieser Punkte als Ergebnis des gesamten Studiums im Rahmen der Prüfungsstatistik.

TOP 7 Umfang und Wert der unbezahlten Arbeit in Deutschland

Norbert Schwarz, Leiter des Referats D 202 „Verteilungsrechnung, Kontensystem, Vermögenseinkommen“, erläutert die Abgrenzung der „unbezahlten Arbeit“. Danach wird alles, was Dritte gegen Bezahlung erledigen können, einbezogen. Erfasst wird die unbezahlte Arbeit durch Zeitverwendungserhebungen (Zeitbudgeterhebungen), wie sie bisher dreimal – zuletzt 2012/2013 – durchgeführt wurden. Zur geldmäßigen Bewertung der unbezahlten Arbeit legte das Statistische Bundesamt einen Stundenlohnsatz in Höhe von 9,25 Euro zugrunde, der einem durchschnittlichen Nettostundenlohn einer hauswirtschaftlichen Fachkraft entspricht. Im Vergleich zu einem Lohnsatz, der auch Sozialbeiträge, zu leistende Steuern und Bezahlung von Ausfallzeiten durch Urlaub und Krankheit berücksichtigt, handelt es sich dabei um einen unteren Bewertungsansatz. Ausführlich erläutert ist dies in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 2/2016 (Seite 35–51).

Die Summe der unbezahlten Arbeitsstunden lag im Jahr 2013 um rund 13 Prozent unter der im Jahre 1992. Das liegt vor allem an der Abnahme bei Frauen (–20%, bei Männern –7%). Allerdings leisten Frauen mit im Durchschnitt täglich 4 Stunden noch immer deutlich mehr (rund 1,5 Mal so viel) unbezahlte Arbeit als Männer (rund 2,5 Stunden). 1992 lag dieses Verhältnis bei 1,75.

Mögliche Erklärungen für die Veränderungen sind der Rückgang der Zahl zu betreuender Kinder, die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (1992: 56%, 2013: 68,8%) sowie Substitutionseffekte durch die Verlagerung von unbezahlter Arbeit hin zu bezahlten Leistungen wie Haushaltshilfen, Essen außer Haus und Kinderbetreuung, die verstärkte Nutzung von Haushaltsgeräten und der Kauf vorgefertigter Nahrungsmittel. Dies legt auch die Analyse der Komponenten der Haushaltsproduktion in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nahe: Abschreibungen und Vorleistungen, die in der „Produktion“ der Haushalte stecken, sind überproportional gestiegen.

Sowohl zur Messung der Wohlfahrtseffekte wie auch zur Analyse verschiedener Lebenslagen sind Zeitbudgeterhebungen eine wichtige Datenquelle. Diese Frage wird auch die Ergebniskonferenz des Auswertungsbeirats der Zeitverwendungserhebung am 5./6. Oktober 2016 erörtern.

Dr. Joachim Recktenwald (Eurostat) dankt dem Dozenten, äußert bei allem Verständnis für den Ansatz zur Monetarisierung aber Vorbehalte gegen eine monetäre Bewertung solcher „giganti-

¹ ECTS: European Credit Transfer and Accumulation System – Europäisches System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen.

schen Volumenaggregate“, da Nutzer womöglich in Unkenntnis der modellhaften Beschränkungen dieser Werte ihre Schlüsse ziehen. Schwerpunkt solle daher die Analyse in Zeiteinheiten sein.

Fachstatistische Themen, Bereich Unternehmen und Wirtschaft

TOP 8 Entwicklungen in der Unternehmensstatistik

Peter Schmidt, Leiter der Abteilung E „Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen“, berichtet über zwei Themen, die von übergreifender Bedeutung für die Unternehmensstatistiken sind: die Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs² und den Stand der Beratungen zur geplanten EU-Verordnung über integrierte Unternehmensstatistiken (Framework Regulation Integrating Business Statistics, FRIBS), die Ende 2018 in Kraft treten soll.

Die sogenannte EU-Einheitenverordnung Nr. 696/1993 definiert u. a., was ein Unternehmen im statistischen Sinn sein soll. Diese Definition wurde jedoch in den allermeisten EU-Staaten, auch Deutschland, bisher nicht vollständig angewandt. In Deutschland gilt als Unternehmen die kleinste rechtliche Einheit, die aus handels- oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Auf EU-Ebene ist das Unternehmen definiert als die „kleinste Kombination rechtlicher Einheiten“, die als „organisatorische Einheit“ Waren oder Dienstleistungen erzeugt und über eine gewisse „Entscheidungsfreiheit“ verfügt, vor allem darüber, wie sie die ihr zufließenden Mittel verwendet. Dahinter steht mindestens eine rechtliche Einheit, es können aber auch mehrere sein. Die EU-Kommission drängt nun darauf, diesen Einheitenbegriff vollständig in den Unternehmensstatistiken für Zwecke der Ergebnisdarstellung anzuwenden.

Dazu haben das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder einen Aktionsplan entwickelt, dessen erster Schritt die Einführung eines Profiling vorsieht. Profiling bedeutet in diesem Zusammenhang, im Sinne der EU-Einheitenverordnung die Zusammenhänge von rechtlichen Einheiten zu analysieren, um auf dieser Grundlage Kombinationen rechtlicher Einheiten statistisch als Unternehmen auszuweisen.

Ein veränderter Unternehmensbegriff führt unter anderem zur Frage, wo künftig die Auskunftspflicht anzusetzen ist, wie Daten rechtlicher Einheiten zu Daten des Unternehmens im EU-Sinne konsolidiert werden können oder wie der Datenbedarf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gedeckt werden kann. Eine Projektgruppe der Statistischen Ämter von Bund und Ländern soll der Amtsleiterkonferenz im Herbst 2016 die entsprechenden Konzepte vorlegen.

Die Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs hat Einfluss auf den in der Statistik ablesbaren Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft, betrifft aber auch die Messung

² [Sturm, Roland/Redecker, Matthias. Das EU-Konzept des Unternehmens. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 3/2016, Seite 57–71.](#)

der Unternehmenskonzentration und die Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU, Mittelstand).

Bei den Beratungen zu FRIBS ist noch offen, ob die (bisher in der EU-Zahlungsbilanzverordnung geregelte) Statistik der ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment Statistics, FDI) und die Statistik über internationalen Dienstleistungshandel (International Trade in Services, ITS) künftig auch in der FRIBS-Verordnung geregelt werden sollen. Auch das künftige Modell für die Statistik des Intrahandels (vgl. TOP 9) ist noch genauer festzulegen.

Zusammen mit dem Verordnungsentwurf ist von der EU-Kommission demnächst der Bericht zur Abschätzung der Auswirkungen der FRIBS-Verordnung (Impact Assessment) zu erwarten.

Inhaltlich ist von FRIBS zu erwarten, dass die Unternehmensstrukturstatistiken auf zusätzliche Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden: „Erziehung und Unterricht“, „Gesundheit und Sozialwesen“, „Kunst, Unterhaltung und Erholung“, „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“, „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (jeweils begrenzt auf Marktproduzenten). Die Konjunkturstatistiken sollen künftig die Wirtschaftsbereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Vermietung von beweglichen Gegenständen“, „Hausmeisterdienste“ und „Garten- und Landschaftsbau“ erfassen; Umsatzindizes wird es monatlich geben statt vierteljährlich. Auch für den Dienstleistungsbereich ist ein Produktionsindex geplant.

Auch die EU-Produktionsstatistik (PRODCOM) wird sich ändern, unter anderem durch Reduktion der Produktliste und durch geänderte Qualitätskriterien (Orientierung an Produkten anstatt an Wirtschaftszweigen).

Solveigh Jäger (BDI) merkt an, dass die intensive Beteiligung der Verbände an der Diskussion dazu geführt habe, dass die betroffenen Fachverbände dem „Mammutprojekt“ FRIBS inzwischen offener gegenüberstehen. Die Information über dieses EU-Thema werde dabei wesentlich vom Statistischen Bundesamt geleistet. Speziell zu der geplanten Reduzierung der PRODCOM-Liste berichtet sie jedoch von teilweise sehr kritischen Ansichten einzelner BDI-Mitgliedsverbände über den Entwurf der reduzierten Liste. Von Eurostat zugesagte Ausnahmeregelungen werden von den BDI-Fachverbänden angestrebt.

Robert Kirchner (Bundesbank) gibt zu bedenken, wie schwierig die EU-Unternehmensdefinition anzuwenden ist, wenn nicht mehr auf vorhandene Rechnungsangaben (etwa Bilanzdaten der Unternehmen) zurückgegriffen werden kann. Es sei zu fragen, welchen nationalen Bedarf es für das Unternehmen als rechtliche (bilanzierende) Einheit weiterhin gebe. Er weist auch darauf hin, dass die Regelung der Statistik der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in FRIBS anstatt oder zusätzlich zur Zahlungsbilanzverordnung auch Auswirkungen auf die Konsistenz der Statistiken haben könne, etwa durch andere Abstimmungsverfahren mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und unterschiedliche Erhebungsverfahren in den EU-Mitgliedstaaten. Er begrüßt die geplante Ausdehnung der Unternehmensstatistiken im Dienstleistungsbereich.

Präsident Berres (StLA Rheinland-Pfalz) erachtete es als „unstrittig“, dass die statistischen Ämter auch künftig aus erhebungspraktischen Gründen das Unternehmen im Sinne der rechtlichen Einheit ansprechen. Dieser traditionelle Unternehmensbegriff könne auch bei der Darstellung der Ergebnisse weiter bedeutend bleiben, wenn es gelte, trotz länderübergreifender Unternehmen weiter Ergebnisse nach Bundesländern auszuweisen.

TOP 9 Europäische Weiterentwicklung der Außenhandelsstatistik

Die Statistik über den Außenhandel zwischen den Staaten des europäischen Binnenmarktes (Intrastat) betrifft allein in Deutschland rund 70 000 Unternehmen und macht einen großen Teil der Belastung durch amtliche Statistiken aus. Zur Entlastung wurden seit Einführung von Intrastat 1993 schrittweise der Merkmalskatalog vereinfacht sowie die Meldeschwellen angehoben, so dass das gehandelte Exportvolumen heute nur noch zu 97 Prozent erhoben wird, das Importvolumen zu 93 Prozent.

Der Ansatz, je Mitgliedstaat jeweils nur die Importe oder Exporte zu melden und die fehlende Seite aus den Daten der anderen Staaten zu gewinnen (Einstromverfahren) ist deshalb seit langem in der Diskussion. Vor diesem Hintergrund initiierte Eurostat ab 2012 das Projekt „SIMSTAT“ (Single Market Statistics) und 2014 das Projekt „REDESIGN of Intrastat“.

Ilda Duarte Fernandes, Referentin im Referat G 301 „Grundsatzfragen und Qualitätssicherung sowie Verbreitung im Außenhandel“, stellt die Ergebnisse der beiden EU-Projekte vor, die ausführlich auch in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 3/2016, Seite 11–21 beschrieben sind.

SIMSTAT ergab, dass der für ein Einstromverfahren in seinen verschiedenen Varianten nötige Austausch von Einzeldaten (für Deutschland etwa 12 Millionen Datensätze pro Monat) im Prinzip möglich ist. Es ergab aber auch, dass für einen erfolgreichen Betrieb beim exportierenden Unternehmen mindestens ein zusätzliches Merkmal erhoben werden muss: die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Empfängers. Im Rahmen der laufenden Arbeiten zu FRIBS wird noch diskutiert, ob darüber hinaus das Ursprungsland der Ware zu erheben ist.

Das Modell „SIMSTAT“ behauptete sich auch bei einem Test im Rahmen von „REDESIGN of Intrastat“, und zwar in einer für Deutschland angepassten Variante, „SIMSTAT-DE“. Sie sieht vor, den Mindestabdeckungsgrad für Eingänge von derzeit 93 Prozent auf 85 Prozent herabzusetzen (der Mindestabdeckungsgrad für Versendungen von 97 Prozent bleibt bestehen). Das bedeutet, dass Unternehmen Exporte wie bisher dann melden müssten, wenn deren jährlicher Steuerwert über 500 000 Euro läge; für Importe müsste der Jahreswert hingegen 5,1 Millionen Euro übersteigen. Damit könnte die Zahl der meldepflichtigen Unternehmen um 15 000 sinken.

Als Ausgleich für die zusätzliche Erhebung des Merkmals „Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Empfängers“ bei den meldepflichtigen Exporteuren müsste der Mindestabdeckungsgrad für Versendungen auf 95 Prozent herabgesetzt werden. Damit kann die Meldeschwelle für Versendungen auf 1,2 Millionen Euro angehoben werden. Dadurch würde die Meldepflicht für zusätzliche 15 000 Unternehmen entfallen. Demzufolge könnten mit der Umsetzung von „SIMSTAT-DE“ inklusive der Kompensation fast die Hälfte der meldepflichtigen Unternehmen entlastet werden, nämlich 30 000 Unternehmen.

Für „SIMSTAT-DE“ spricht vor allem, dass die unvermeidbaren Informationsverluste – das nicht erhobene Handelsvolumen muss zugeschätzt werden – geringer ausfallen als bei den Alternativen. Das Statistische Bundesamt wird in den nächsten Monaten weitere Berechnungen durchführen und die betroffenen Unternehmen über ihre Verbände in die Entwicklung einbeziehen. Das neue Modell für Intrastat soll in der geplanten Rahmenverordnung für integrierte Unternehmensstatistik (FRIBS, vgl. TOP 9) geregelt werden.

Solveigh Jäger (BDI) erinnert daran, dass die Intrahandelsstatistik als eine der wichtigsten Statistiken für die Unternehmensverbände viele Veränderungen hinter sich habe, mit denen zum Teil gravierende Informationsverluste verbunden waren. Der BDI könne trotz weiterer absehbarer kleiner Einschränkungen das Modell SIMSTAT-DE wohl am ehesten gutheißen. Ihre Frage, warum Unternehmen laut einer von Eurostat initiierten Umfrage Importmeldungen belastender empfanden als Exportmeldungen, beantwortet Ilda Duarte Fernandes dahingehend, dass die im Importgeschäft tätigen Unternehmen tendenziell kleiner sind. Im Exportgeschäft sind sie größer und haben womöglich bessere interne Verfahren und Abläufe auch zur automatisierten Meldung der Daten.

Robert Kirchner (Bundesbank) äußerte seine Sorge um die Qualität der Daten, nicht nur der deutschen Angaben, sondern vor allem auch der Angaben der Handelspartner aus dem Ausland. Die Wirtschaftskrise nach 2008 habe gezeigt, wie wichtig die Gliederung des Außenhandels nach Ländern sei. Auch sollten die Auswirkungen des neuen Intrastat-Modells auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, namentlich auch die Bruttoanlageinvestitionen, untersucht werden. Seine Frage nach Optionen, die Zeitreihen nach möglicher Einführung eines neuen Modells anzupassen, beantwortet Ilda Duarte Fernandes dahingehend, dass Rückrechnungen wegen fehlender Datenbasis nicht möglich seien. Alternative Optionen, die näherungsweise Ergebnisse liefern, würden geprüft.

TOP 10 Neue Anforderungen an die Holzpreisstatistik aus der energetischen Verwendung

Thomas Herkner (BDEW) erläutert den Bedarf nach einer umfassenden und präzisen Abbildung des „Energieholzes“ (Holz zur energetischen Verwendung). Einen Bedarf hierfür haben insbesondere die Versorger, die holzgefeuerten Fernwärmesysteme betreiben. Für Fernwärme-Versorgungs-

unternehmen gilt die „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV)“. Diese sieht in § 24 vor: „Preisänderungsklauseln ... [müssen] sowohl die Kostenentwicklung bei Erzeugung und Bereitstellung der Fernwärme durch das Unternehmen als auch die jeweiligen Verhältnisse auf dem Wärmemarkt angemessen berücksichtigen. Sie müssen die maßgeblichen Berechnungsfaktoren vollständig und in allgemein verständlicher Form ausweisen. Bei Anwendung der Preisänderungsklauseln ist der prozentuale Anteil des die Brennstoffkosten abdeckenden Preisfaktors an der jeweiligen Preisänderung gesondert auszuweisen.“ Herr Herkner erläutert, dass dazu üblicherweise auf die Preisindizes der Bundesstatistik zur stofflichen Nutzung von Holz zurückgegriffen werde, welche aber die typischen Schwankungen von „Energieholz“-Preisen nur ungenügend widerspiegeln.

Für das Statistische Bundesamt äußert der Leiter der Gruppe D 3 „Preise“, Michael Kuhn, grundsätzlich Verständnis für den Vorschlag. Der bestehende Preisindex für „Holzprodukte zur Energieerzeugung“, wie er monatlich in Fachserie 17, Reihe 1, Tabelle 5 nachgewiesen wird, werde ab 2018 als Ergebnis der Umstellung auf das Basisjahr 2015 voraussichtlich Energieholz auf breiterer Basis als bisher nachweisen. Um den Vorschlag des BDEW zur Gänze umzusetzen, wäre allerdings eine Analyse des sehr kleinteilig strukturierten Marktes für Energieholz notwendig. Diese sollte im Rahmen der Möglichkeiten mit Unterstützung der zuständigen Verbände und dem BMWi sowie dem BMELV erarbeitet werden. Solveigh Jäger (BDI) schließt sich dieser Sicht an.

Wiederkehrende Tagesordnungspunkte

TOP 11 Arbeiten der Fachausschüsse und Nutzerworkshops – Rückblick und Vorschau

Das Statistische Bundesamt legt Berichte aus den jüngsten Fachausschüssen vor und gibt eine Übersicht über geplante Veranstaltungen – vor allem Sitzungen der Fachausschüsse, aber auch Veranstaltungen mit anderem Titel (Nutzerkonferenzen, Workshops, Fachtagungen) die für Mitglieder des Statistischen Beirats interessant sein können. Eine laufend aktualisierte Veranstaltungsübersicht erhalten die Beiratsmitglieder mit dem Vierteljahresheft „Informationen aus der amtlichen Statistik“.

TOP 12 Sachstandsberichte

Der Beirat nimmt die vorgelegten Sachstandsberichte ohne Aussprache zur Kenntnis.

Präsident Sarreither schließt, mit nochmaligem Dank an die Beiratsmitglieder, gegen 16.20 Uhr die Sitzung.

Berichterstatter
gez. Thomas Wöll

Vorsitzender
gez. Dieter Sarreither